

Spandauer Zeitung

Einzelnummer 15 Pfennig

General-Anzeiger für Spandau und Umgegend

Ämtliches Organ

mit rechtsverbindlicher Publikationskraft

für staatliche und kommunale Behörden

Erscheint täglich nachmittags
mit Ausnahme der Sonn- und gesetzlichen Feiertage.
Geschäftsstelle Berlin-Spandau, Kauerberger Straße 101.
Verantwortl. für den Inhalt: Dr. Bruno S. Sandner, beide Spandau.



Regelmäßige Beilagen:
Wöchentlich: „Spand. Kultur-Zeitung“ — „Spand. Roman-
Zeitung“ — „Die Frau und ihre Welt“ — „Der Kleinrentner“
„Reise u. Verkehr“ 14 tgl.: „Die Familie-Fachzeitschrift“ „Film“.

Anzeigensätze: Die gewöhnl. Kolon-
nensätze oberer Raum 26 Pf., die brei-
gere Zeile 1,80 Pf. — Anzeigensatz
bedingt Sonderaufschlag. — Beilagen-
gebühren 20 Pf. für das Laufen, Offerten-
gebühren 80 Pf. — Keine Gewähr für
Erscheinen von Anzeigen an bestimmten
Tagen oder Stellen. — Gewisser Preis-
nachlass erwirkt bei gerichtlichem Ein-
schießung und Konten. — Gerichtsstand
Spandau. — Bankkonten: D. D. Bank
Depositen-Kasse Spandau; Spandauer
Bank, Spandau. — Postk. d. d. e. o.
Konto: Berlin NW 7, Nr. 1707.

Nummer 72.*

Sonnabend, 25. März 1933.

40. Jahrgang.

Die Grauen der Ausfiedlung in Rußland

Von Oleg Berting-Riga.

In den Sowjetrussischen Großstädten sieht es aus, als lände ein grauenerregender Feind vor den Toren: Tausende von Menschen ziehen mit Sad und Pack beladen zu den Bahnhöfen; stehen Stunde um Stunde in endlosen Schlangen vor den Kassen, manche die ganze Nacht hindurch, frierend im eisigen russischen Winter und hungernd, nur um als erste eine Fahrkarte zu erkämpfen und sich einen Sitzplatz in den bis zur letzten Möglichkeit überfüllten Zügen, die ins Innere des Landes fahren, zu sichern.

Nicht vor den Toren der Städte aber droht der Feind, sondern mitten in ihren Mauern: im Kremel und in allen Ämtern, die seinen letzten grausamen Befehl auszuführen haben: die Ausfiedlung aller Gelegenheitsverdiener und aller den Sowjetbehörden mißliebigen Leute. Die betreffenden Verfügungen sind so dehnbar gehalten, daß die Willkür wahre Drogen feiern kann und es natürlich auch tut. Ein Heer von „Sonderinstruktoren“ geht von Haus zu Haus und prüft, ob die Angaben derer den Tatsachen entsprechen, die um einen Paß — die unumgänglich notwendige Aufenthaltserlaubnis — nachgehacht haben.

Entscheidend sind dabei die Aussagen der kommunistischen Mitglieder der sogenannten „Hausauschüsse“ (Hausverwaltungsanschlüsse) und anderer im Hause wohnender Kommunisten, von denen viele natürlich Tscheliken sind. Jeder Hausbewohner, der diesen Leuten mißliebiger ist oder dessen Wohnung sie selbst beziehen möchten, wird angefragt, und das bedeutet — Ausfiedlung. In russischen Großstädten Feinde oder Neider zu haben, die mit den Sowjetbehörden in Verbindung stehen, ist heute verwerflicher denn je. Das Wort des kleinsten Beamten genügt, um den Durchschnittsbürger aus seinem Wohnort zu vertreiben und ihn in eine ungewisse Zukunft zu schicken, die oft jahrelange Verbannung, ja den Untergang bedeutet.

Die Verzweiflung ist grenzenlos und der Wirtware unbeschreiblich! Die ganze „Aktion“ ist hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit völlig ungenügend vorbereitet: die Passbücher können nicht schnell genug hergestellt werden, da es in ganz Rußland an Photoapparaten und -materialien mangelt, und vielerorts fehlt es sogar an Passformularen. Oft müssen die Leute stundenlang unruhig warten, um dann den Befehl zu erhalten, daß sie „morgen“ wiederkommen sollen. Das wiederholt sich zuweilen mehrere Tage hintereinander, und manchem wird schließlich die niederschmetternde Eröffnung zuteil, daß er überhaupt keinen Paß erhalten kann und somit der Ausfiedlung unterliegt. Dann beginnt das bereits erwähnte, noch viel schlimmere Ansehen bei den Eisenbahnschaltern um die Fahrkarte.

Als besondere Schikane für die Unglücklichen wurde kürzlich der Fahrpreis der Eisenbahn um 35 v. H. erhöht. Mancher muß seinen letzten Heller für die Fahrt ausgeben, da die Ausfiedlung weder durch Abschub noch sonst auf Staatskosten erfolgt, und langt an seinem neuen Bestimmungsort vollkommen mittellos an. Jetzt, wo der großangelegte Fünfjahresplan wie eine Seifenblase zerplatzt ist, sind Tausende von Bauern und Provinzler mit dem Aufhören der Industrialisierungsarbeiten erwerbslos geworden; diese Leute werden von der Ausfiedlung in erster Linie betroffen und spüren die ganze Rücksichtslosigkeit der Sowjetpraktiken nunmehr besonders schmerzhaft am eigenen Leibe: mit großartigen Verprechungen wurden sie aus der Heimat in die Fabriken der Industriestädte gelockt, und nun schiit man sie, der Heimat entfremdet, entwurzelt, mittel- und hilflos wieder zurück. Noch schlimmer ist natürlich die Lage jener, die zeitweilig in der Großstadt gewohnt haben, und nun in vollkommen fremde Verhältnisse geraten, aller Freunde, Berufs- und Verdienstmöglichkeiten beraubt, nur deshalb, weil sie den Sowjetbehörden irgendwie mißliebiger sind oder „verdächtig“ erscheinen.

Für viele dieser Leute bedeutet die Ausfiedlung ein verlapptes Todesurteil: wer nicht ganz besonders Glück hat oder ungewöhnlich anpassungsfähig ist, muß einfach — langsam — verhungern. Denn eine Erwerbslosenunterstützung erhalten die Ausgefiedelten, die vom Sowjetstandpunkt als „Parasiten“ gelten, selbstverständlich nicht. Jeder aber, der nicht Sowjetbeamter ist oder in der Sowjetindustrie eine feste Anstellung hat, kann mit allen sich daraus ergebenden verderblichen Folgen unter die „Parasiten“ eingereiht werden. Möglichst viele dieser „minderwertigen“ Sowjetbürger sterben und verderben zu lassen, um dadurch die „hochwertigen“ Sowjetgetreuen — oder die es zu sein heucheln — von unliebsamer Konkurrenz und die Industriezentren, die Hochburgen des bewußten Proletariats, von „bürgerlich angekränkelter Exzesse“ zu befreien, ist ja zum überwiegenden Teil auch der ganze Zweck der Uebung, den zu erreichen mit allen Mitteln rücksichtslos angestrebt wird.

Die Neuordnung der Fettwirtschaft.

Berlin, 25. März. Ämtlich wird mitgeteilt: Der große Plan für die Ordnung der Fettwirtschaft ist nunmehr von der Reichsregierung verabschiedet worden. Der Herr Reichspräsident hat die Notverordnung, durch die das Gesetzgebungswort in Kraft gesetzt wird, unterzeichnet. Damit ist Außerordentliches für die gesamte Nationalwirtschaft geschehen. Die schrittweise Verwirklichung des Planes wird zu einer Gesundung der unerträglich gewordenen Lebensbedingungen auf dem Lande, daraus folgend zur Erschließung neuer Arbeitsmöglichkeiten in allen Wirtschaftszweigen führen, die auf die Dauer das Maß jeder künstlichen Arbeitsbeschaffung überschreitet und schließlich auch neue Möglichkeiten für eine aktive Außenhandelspolitik eröffnen.

Der Plan selbst geht von der Erkenntnis aus, daß die deutsche Fettproduktion (Butter, Schmalz, Talg usw.) in stärkstem Maße unter dem Druck der Einfuhr ausländischer Fette jeglicher Art steht. Auslandsfett soll deshalb vom deutschen Markt zurückgedrängt und durch deutsche Fette ersetzt werden. Insbesondere wird die Erzeugung von Margarine, die fast ausschließlich aus ausländischen Rohstoffen hergestellt wird und deren Produktionsstätten zu einem sehr erheblichen Teil im Besitz internationalen Finanzkapitals sind, auf 60 vom Hundert des bisherigen Umfangs beschränkt. In gleicher Weise wird gegen alle für Margarine in Frage kommenden Ersatzfette vorgegangen. Auf diesem Wege wird Raum für die hochwertigen deutschen Fette, wie Butter und Schmalz, geschaffen. Zur Sicherung dieses Zieles wird nach der Art des Waisanopols ein Monopol für die Herstellung von Fett und Fettwaren und die Verkauf von Fettwaren in das bestehende Monopol einbezogen. Eine Verteuerung der Fettwaren wird bei den gegenwärtigen Milch- und Butterpreisen nicht erfolgen.

Außerdem enthält das Gesetz noch besondere Ermächtigungen zur Regelung der Herstellung von Margarine. Hierzu kommen noch Ermächtigungen für den Ernährungsmiister, die das Recht geben, in die Preisgestaltung der Margarine (Preise und Handelsspanne) einzugreifen, einen Lieferzwang bestimmter Sorten zu verordnen usw.

Schließlich wird eine Ermächtigung zur Einführung eines Verwendungszwanges von inländischem Fett bei der Herstellung von Seifen und Lichter geschaffen.

Für die Landwirtschaft, deren vollständige Unrentabilität bei den derzeitigen Preisen weitgehend die Ursache unserer Wirtschaftskrise ist, ergibt sich die Bedeutung des Fettmarktes aus seinem maßgeblichen Einfluß auf alle Agrarpreise. Die

Getreidepreise lassen sich nicht halten, wenn ausländische Futtermittel, wie bisher, unbefristet und zu Weltmarktpreisen hereinkommen. Eine Erhöhung der Futtermittelpreise ist aber bei dem heutigen Preisstand der Milchpreise nicht möglich. Der Milchpreis wird wiederum durch den Butterpreis und dieser wieder durch die Einfuhr an Auslandsfett, insbesondere durch den Preis des in großen Mengen zur Margarineerzeugung verwandten Walfischtrans, bestimmt. Der Fettpreis beeinflusst auch über das Schmalz den Schweinepreis, über den Talg den Rinderpreis usw., d. h. das gesamte Gebäude unserer Landwirtschaft steht und fällt mit der Fettverwertung. Der nunmehr einsetzende Generalangriff gegen die Auslandsfette paßt also die Not unserer Bauern an ihrer Wurzel an.

Den Verbrauchern werden keine untragbaren Opfer zugemutet. Für die von der Not besonders schwer Betroffenen wird gleichzeitig eine umfassende Aktion zur Verbilligung der Fette eingeleitet. Um die hierfür erforderlichen Mittel zu beschaffen, sollen die Margarine und deren Ersatzfette einer Ausgleichsabgabe unterworfen werden. Dadurch wird gleichzeitig verhindert, daß die durch die vorgesehenen Maßnahmen eintretende Verteuerung der Margarine, Rumpfspeisefette usw. der Margarineindustrie zugute kommt.

Die notleidendsten Teile des Volkes werden ihren Fettbedarf also auch in Zukunft im wesentlichen zu den bisherigen Preisen decken können. Im übrigen war der Rückgang der Fettpreise in den letzten Jahren wesentlich stärker als die Verminderung der Einkommen unserer Bevölkerung. Die Fettpreise gingen um mehr als 50 v. H., die Einkommen seit dem Höhepunkt nach den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung dagegen nur um 26 bis 34 v. H., die gebundenen Preise (Kartellpreise) sogar nur um 18 v. H. zurück.

Die getroffenen Entscheidungen sind auch wehrpolitisch von besonderer Bedeutung. Infolge der falschen Agrarpolitik der letzten 14 Jahre deut die deutsche Landwirtschaft unseren Fettbedarf nur noch zu etwa 40 v. H. Diese Abhängigkeit findet eine weitere Verstärkung darin, daß die deutsche Buttererzeugung mit einem Verbrauch von 2,3 Millionen Tonnen eingeführter Futtermittel zu einem erheblichen Teil auf ausländischer Futterbasis beruht. Unsere Abhängigkeit in der Fettversorgung vom Auslande ist mit einer Jahreseinfuhr von fast 700 Millionen Mark gegenwärtig so ungeheuer, daß im Ernstfall unser Volk binnen kurzer Zeit in schwerste Not gebracht werden könnte. Das neue Fettprogramm wird auch hier Wandel schaffen.

Das Vorgehen gegen die Fetteinfuhr trifft zum weitaus überwiegenden Teil Länder, denen gegenüber unsere Handelsbilanz stark passiv ist.

Hauseinsturz durch Gas-Explosion.

Unglück in Wandsbek. — Drei Todesopfer?

Wandsbek, 25. März. In dem zweistöckigen Hause Kampstraße 46 ereignete sich heute morgen aus bisher noch nicht geklärt Ursache eine Explosion, durch die das Haus vollkommen zerstört wurde und in sich zusammenstürzte. Im weiten Umkreis sind die Fenster Scheiben zertrümmert. Die in dem Hause wohnenden drei Personen dürften bei der Explosion ums Leben gekommen sein, falls sie nicht noch lebend aus den Trümmern geborgen werden sollten. Menschen auf der Straße wurden zu Boden geschleudert. Bisher sind drei Männer und zwei Frauen ins Krankenhaus eingeliefert worden. Ein Pferd wurde durch den Luftdruck auf der Straße getötet. Die Straße bietet einen tröstlichen Anblick, überall liegen Trümmer umher. Rettungsmannschaften der Feuerwehr und der Sanitätskolonne sind dabei, die Trümmer abzuräumen und nach Verletzten oder Opfern der Explosionskatastrophe zu suchen. Es wird angenommen, daß die Explosion durch das Gas entstanden ist, das im Laufe der Nacht ausströmte und heute früh zur Explosion gelangte.

Wie weiter gemeldet wird, sind nach den bisherigen Meldungen des Wandsbeker Krankenhauses zwei Tote und drei Schwerverletzte dort eingeliefert. Letztere sind die Frau des Photographen Meinert und die Näherin Fräulein Jungklaus, eine Schwester der Frau Meinert, sowie ein Mann im Alter von etwa 30 Jahren, der zur Zeit der Explosion in dem Hause weilte. Diese drei Personen sind schwer verletzt.

Brandunglück in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 25. März. In einer der städtischen Mietwohnungen in Niederrad, die vorwiegend aus Holz gebaut sind, brach heute vormittag Feuer aus. Der Brand breitete sich mit großer Schnelligkeit über die ganze Parade aus, so daß bereits beim Eintreffen der Feuerwehr hohe Feuerzungen aus dem Dache schossen. Ein 17-jähriges Mädchen, das in der Wohnung schlief, ist in den Flammen umgekommen.

Die polnische Verfassung über den Mussoliniplan.

Warschau, 25. März. Die schon gestern von einem hiesigen Blatte angekündigte überraschende Nachricht, daß der zum polnischen Botschafter in Rom auserwählte Graf Potocki seinen Posten nicht antreten werde, ist nunmehr amtlich bestätigt worden. Der polnische Außenminister Oberst Beck wird einen diesbezüglichen Antrag dem polnischen Ministerrat zur Bestätigung vorlegen.

Graf Potocki, ein Senator des Regierungsbüros, ist vor einigen Wochen zum Botschafter in Rom ernannt worden, und die italienische Regierung hatte schon ihre Zulassung erteilt. Seine Frau hatte sogar schon Warschau verlassen. Aber die

Gründe des Verzichtes des Botschafters wird hier amtlich nichts bekanntgegeben. Wie es heißt, handelt es sich aber um einen Entschluß der polnischen Regierung, der mit dem italienischen Vier-Mächte-Plan zusammenhängt. Bekanntlich ist dieser Plan als „Werkzeug zur organisierten Revision der Friedensverträge“ in Polen mit größtem Mißtrauen aufgenommen worden. Die polnische Regierung soll überhaupt nicht die Absicht haben, in der nächsten Zeit einen Botschafter nach Rom zu entsenden. Die folgerichtige Haltung Italiens in der Revisionsfrage hat auf alle Fälle in Polen, wo man gelegentlich auf den Gegensatz zwischen Rom und Paris spekuliert hatte, ernüchternd und verstimmend gewirkt.

Wichtiges hat der polnische Außenminister Beck Freitag im Laufe des Tages mit dem französischen Botschafter sowie mit den Gesandten von Großbritannien, Rumänien und der Tschechoslowakei eingehend konferiert.